

# WOCHENPRESSE



CELTIC-RAPID:  
„ICH WAR  
IM KRIEG“

DM 3.50 / sfr 3.00 / Dr. 150. - / Lit 2300. -

**TRÄUMER  
UND GENDARM**  
KONFRONTATION IN  
HAINBURG

## TITEL

**Träumer und Gendarm 12**  
Die Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au dauert an. Zu einer zentralen Figur ist der sozialistische Innenminister Karl Blecha geworden, der den Einsatz der Exekutive gegen die Besetzer zu verantworten hat.

**Gastkommentar: Brezovszky schlägt zurück 13**  
Der niederösterreichische Naturschutzlandesrat Ernest Brezovszky antwortet der Paradegrünen Freda Meissner-Blau.

## INLAND

**Personalpolitik: „Nix verstehn“ 17**



Und wieder preßte Landwirtschaftsminister Haiden ein SP-Mitglied auf einen Posten im Haus: einen unqualifizierten Perser.

**Steiermark: Aufstand der Tanten 18**

**Gastkommentar: „Kommt der Komet?“ 19**

**Grüne: „Regenbogen-Krieger“ 20**  
Weltweit sind die Greenpeace-Leute mit spektakulären und lebensgefährlichen Aktionen gegen Atommüll, Atomversuche, Walfang und sauren Regen bekannt geworden. Sie agieren auch in Hainburg.

**Justiz: Zucht für Unzucht 22**  
Die Porno-Szene Tirols beschäftigt die Gerichte.

**Der böse Peter Wolf 23**

**Rettungshubschrauber: Roter Rotor 24**  
ARBÖ-General Effenberger, der die fliegenden Ambulanzen des ÖAMTC boykottiert, schafft sich damit auch bei seinen Genossen Feinde.

## WIRTSCHAFT

**CA: Im Glashaus 26**  
Matthäus Kattinger über die Bedingungen, an die Milliardensubventionen an Konzernbetriebe der CA geknüpft werden sollten.

**Altöl / Sondermüll: Schön angeschmiert 27**  
Geschäftemacher versuchen, aus den Problemen mit der Altölbeseitigung Profite zu machen.

## VERKEHR

**Kritik: Chip Chip, hurra! 30**  
Andreas Wollinger über den mit allen Wassern der Elektronik gewaschenen Mitsubishi Galant Royal

## AUSLAND

**EG: Stier als Melkkuh 31**  
Nationaler Egoismus treibt die Europäische Gemeinschaft von einer Krise in die andere. Jetzt wurde auch noch der Haushalt 1985 blockiert.

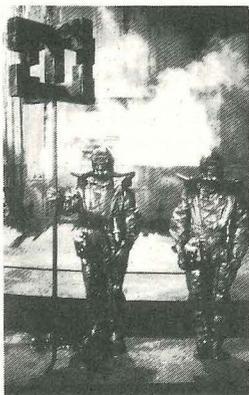
**Streiks: „We shall overcome“ 32**  
Im Streikzentrum Süd-Yorkshire fand Carina Rys zwar ungebrochenen Widerstandswillen, aber auch Angst vor Gewerkschaftsboß Scargill.

**Frankreich: Palaverbaum 34**  
Der geplante Triumphzug François Mitterrands durch Afrika wurde verpatzt. Das hat er – zumindest teilweise – Bruno Kreisky zu verdanken.

**Italien: Archipel Grün 35**

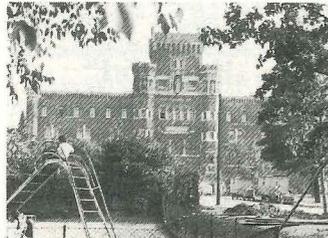
## KULTUR

**Fantasy-Welle: Im Irrgarten 36**



Im monumentalen Kinospektakel „Der Wüstenplanet“ sind die Architekten und Designer die Stars.

**Neue Oper: Sing-Sing 38**



Pläne für eine neue Wiener Oper gibt es seit Otto Wagners Zeiten – und nicht nur rund um die Roßauer Kaserne.

**Tips 40**

**Ausstellung: Tote Helden 42**  
Erstmals in Wien: das Lebenswerk von Marino Marini, eine Warnung vor dem Ende der Welt.

**Telepointen 43**

## BÜCHER

**Lyrik: Hirnfutter 44**  
Drei Autoren bieten Lyrisches – für den Supermarkt abgepackt wie Haferflocken und Hundefutter.

**Biographie: Dame mit Diwan 44**  
Lucian O. Meysels' Lebensbild der Berta Zuckermandl.

**Literatur: Preis von der Bank 45**  
Mit ihrer „GZ-Literaturinitiative“ versucht die Girozentrale erfolgreich, neue Förderungswege zu beschreiten.

**Buchtips 46**

## WISSENSCHAFT

**Depressionen: Mehr Licht 47**  
Ein Psychiaterteam erzielt mit Lichttherapie ohne Medikamente Erfolge bei Depressiven.

**Lungenentzündung: Besserer Schnupfen? 48**

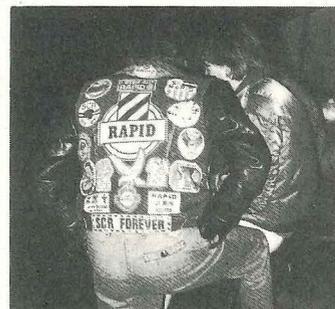
**MEINUNGSFORUM 48**  
Alkohol unter dem Christbaum?

## REISE

**Lappland: Weihnachtsmanns Heimat 50**  
In Finnlands hohen Norden locken nicht nur Langlauf und Goldrausch.

## GESELLSCHAFT

**Rapid – Celtic: „Ich war im Krieg“ 52**



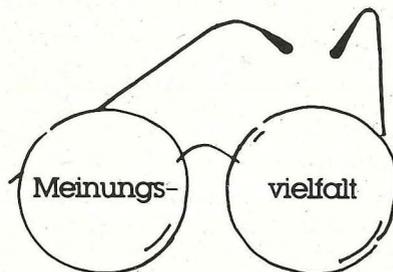
Andreas Wollinger erlebte die Nacht der langen Messer in Manchester hautnah mit.

**Porträt: Die Schranzin 54**  
Hanna Molden über Ex-Skikaiser Karls Gattin Evelyn Schranz.

**Humor 55**  
**Impressum 4**

COVERPHOTOS:  
NORA SCHUSTER  
FRED LANGENHAGEN  
CLAUDE KÜHNE

PHOTOMONTAGE:  
ANDREAS BERGER



## „Höchstdero . . .“

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 49/84) beschäftigt sich mit den Plänen für eine niederösterreichische Landeshauptstadt.

Wir Niederösterreicher brauchen schon allein aus gesellschaftlichen Erwägungen eine Landeshauptstadt. Es ist uns ein Bedürfnis, hohe Herrschaften aus Vertretung und Verwaltung unter uns weilen zu sehen, um ihnen täglich die Ausdrücke unserer Ergebung und Unterwürfigkeit entgegenzubringen: lang anhaltenden Applaus beim Erscheinen zu Festen und Veranstaltungen, weit ausholendes Hüteschwenken bei Begegnungen, sodann tiefe Verneigung der Herren und Knicks der Damen, Zujubeln durch Kinder, dem geschätzten Damenflor der allerhöchsten nö. Landeskreise zu jeder Zeit einen Handkuß, Zufließen von anderen Huldigungen aller Art, Dankbarkeit für alle wohlwollende Herablassung und Zustimmung zu allen höchstdero Meinungen und Äußerungen.

Solcherart ist im soziologischen Sinn der Bau einer Landeshauptstadt ein Gewinn für das Land Niederösterreich.

Ludwig Schirfler  
Landeshauptstraße 17  
Siegfriedsberg, NÖ

## „Unerhört“

Ein Brief zu einem Brief (**WOCHENPRESSE** Nr. 46/84).

Der FPÖ-Abgeordnete Dr. Gugerbauer hat mit seiner Meinung tatsächlich ein Exempel statuiert, das eines Rechtsanwalts und Nationalratsabgeordneten unwürdig ist. Man muß nämlich wissen, daß dieser Herr jene Personengruppe verteidigt, die sich im Reichraminger Hintergebirge durch ihr Verhalten außerhalb des Rechts gestellt hat und nunmehr einer Verurteilung entgegenseht. Nun aber versucht derselbe in seiner Eigenschaft als Nationalratsabgeordneter über einen Leserbrief auf die Ennskraftwerke Druck auszuüben. Ein solches Verhalten ist denn doch unerhört.

Franz Müller  
Pergkirchen 33  
4320 Perg

## Tausch

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 49/84) brachte ein Meinungsforum über „Neue Medien“.

Beim Durchlesen des Meinungsforums war ich beim ersten Blick der Meinung, daß die **WOCHENPRESSE** mich zwar zu einem Thema befragt, aber dann gänzlich andere Antworten abgedruckt hat. Auf den zweiten Blick allerdings wurde mir klar, daß mein Statement zum Thema der „Neuen Medien“ mit der Kabel-TV-Wien-Geschäftsführerin Alfreda Fiala verwechselt wurde.

Dr. Helmut Zilk  
Bürgermeister  
Rathaus, 1082 Wien

PS: Wir bitten um Entschuldigung. In der Setzerei wurden die Aussagen von Zilk/Fiala tatsächlich verwechselt. Red.

## Peter-Prinzip

Die **WOCHENPRESSE** (Nr. 47/84) veröffentlichte das Ergebnis einer Umfrage über die Beliebtheit der Politiker.

Nach dem berühmten Peter-Prinzip steigt einer in der beruflichen Hierarchie so hoch, bis er nicht mehr kompetent ist. Dieses Prinzip scheint für die österreichische Politikszenen nicht zu gelten. Vielleicht ist diese Tatsache der Grund für übermäßige Beliebtheit der Politiker.

Wenn zu viele Experten zusammenkommen, können sie sich nie

schlüssig werden; und irgendein Politiker muß die jeweilige Entscheidung treffen. (Aus einer Sendung über die FPÖ.)

Ray Busa  
Kapellenweg 22 a  
5230 Mattighofen

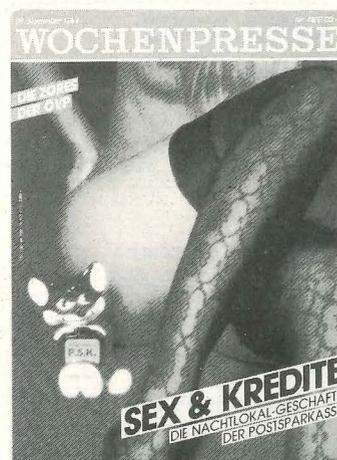
## „Miteigentümer“

Zum Cover Nr. 48/84 über die Geschäfte der Postsparkasse.

Der gelegentliche Besucher der „Reichshaupt- und Residenzstadt“ erfreut sich an der gefühlvollen Restaurierung so manchen Gebäudes in Wien. Er suchte ein Geschäft im Salzgries auf und kam an einem Hotel am Tiefen Graben vorbei, das wunderbar im Jugendstil restauriert ist.

Um so erstaunter – um nicht zu sagen verärgert – war er, als er am Abend im Hotelzimmer den Artikel „Sex und Kredite“ gelesen hat.

Was muß sich der ohnehin schon bis zur Belastungsgrenze ausgebeutete Steuerzahler noch alles gefallen lassen! Die Postsparkasse ist Eigentum der Republik. Also ist auch



jeder Staatsbürger Miteigentümer.

Der Rechnungshof kann „nichts Disziplinäres entdecken“. Warum können wir uns dann nicht wenigstens die Kosten des sogenannten „Rechnungshofs“ einsparen?

Luis Egger  
Innrain 36  
6020 Innsbruck

## „Verluderung“

Zur Verwendung norddeutscher Wörter (**WOCHENPRESSE** Nr. 44/84)

Mir scheint die ausschließliche Verwendung eines Lokalidioms vieler ehen den Vorwurf der „Sprachverluderung“ zu rechtfertigen als der Gebrauch der Sprache Goethes, Heines und Brechts, derer ich mich weiß Gott nicht schäme. Fazit: Meinethalben kann man auch „Erdäpfel“ sagen – aber muß man?

Medizinalrat Dr. Günther Pilschke  
3544 Idolsberg, NÖ

Ich bin nicht der Meinung, daß durch (nord-)deutsche Einflüsse unserer Sprache geschadet wird – eher das Gegenteil dürfte zutreffen. Das Norddeutsche weist – objektiv gesehen – in Struktur und Wortschatz

doch das höchste Niveau auf, was etwa der Ausdrucksfähigkeit unserer Politiker nicht schaden würde. Außerdem geht der Trend zu einer enormen Funktionalisierung und Reduzierung der Sprache auch in Deutschland voran, was die Gefahr einer unverdaulichen Wortschatzerweiterung und Sprachschärfung verringert.

Mit all dem meine ich bestimmt nicht die häufig strapazierten Beispiele aus der Welt der Küche, die Sahne und Möhren, sondern ein Halten oder Erweitern jener Allgemeinensprache (Schriftsprache), die erforderlich ist, damit wir uns notfalls auch mit Vorarlbergern und Kölnern verständigen können.

Sollten Ihre Ressentiments gegen alles, was deutsch ist, also auch gegen deren Sprache, oder Ihre Auffassung, daß Wien ganz einfach Weltmittelpunkt und Maß aller Dinge ist, unumstößlich sein, dann bleibt aber noch immer ein letzter Ausweg aus der Sprachmisere: die dritte oder Wiener Lautverschiebung.

Das Konzept ist nicht ausgereift, weil ich erst durch Ihren Artikel auf die Idee gekommen bin, aber einige exemplarische Beispiele kann ich anbieten. Etwa Ersatz des abgedroschenen O durch U (morgen wird demnach zu murgn verbindlich), Ersatz des stimmlosen L durch das stimmhafte Meidlinger L in allen Schuldeutschbüchern (Musterbeispiel „lleiwaund“), möglichst vollständige Ausmerzung des zu vornehm klingenden Zwielautes ei durch ein möglichst langgezogenes A (weiß – waast) usw.

Franz Bauer  
Pantzgasse 21  
1190 Wien

## „Glaubenskrieg“

Zur gegenwärtigen Energiediskussion, zum Kraftwerk Hainburg und zur Grün-Bewegung (**WOCHENPRESSE** Nr. 48/49/84).

Schade, daß auch in der Umwelt-Grün-Diskussion so schrecklich viel gelogen wird. Aber natürlich ist es ein „Glaubenskrieg“ – und darum geht die Linie logischerweise klar durch die Parteien. Was viele Menschen im Grunde bewegt (und andererseits ängstlich werden läßt) ist doch im Grunde nicht die Frage, ob 4 oder 6 oder 20 Prozent Auwald vernichtet werden, sondern ob es jenseits von Haben, Einstecken, Besitzen und Angreifen noch etwas anderes Lebenswertes gibt.

Konrad Windisch  
Wattgasse 3/12  
1160 Wien

Amtssachverständige erstellen ihre Gutachten im Rahmen ihres Dienstes als Beamte und beziehen dafür nur das ihrem Dienstrang entsprechende Gehalt, sie sind hinsichtlich der Gutachten weisungsfrei.

Zum Hainburg-Gutachten gab es nicht den geringsten Versuch einer Beeinflussung oder Intervention – aus keiner Richtung. Die von Ihnen

## IMPRESSUM

CHEFREDAKTEUR:  
Dr. Hans Magenschab

### REDAKTION:

Inland: Gerald Freihofner (Stellvertreter der Chefredakteur), Herbert Geyer, Elisabeth Horvath, Dr. Christoph Kotanko • Kultur: Klaus Khittl, Ditta Rudle, Martin Schweighofer • Wirtschaft: Dr. Matthäus Kattinger • Ausland: Prof. Dr. Lucia O. Meyseis (Stellvertreter der Chefredakteur) • Wissenschaft: Sissy Danninger • Verkehr: Andreas Wollinger • Gesellschaft: Rudolph J. Wojta • Photos: Friedrich Klinsky, Nora Schuster • Graphik: Andreas Berger • Karikaturen: Gustav Peichl (Ironimus).

### MITARBEITER:

Georg Auer • Dr. Peter Breitschopf • Dr. Eleonore Thun-Hohenstein • Dr. Hanna Molden • Dr. Peter Wolf • Dkfm. Elisabeth Dokaupil • Dr. Ernst-Werner Nußbaum • Mag. Adalbert Kopejtko • Monika Närr • Dr. Wolfgang Freisleben • Bonn: Karl Hugo Pruys • Genf: Johann G. Danes • Rom: Kurt Andrich • London: Carina Rys-Lafite • Paris: Hans Bartsch • Madrid: Hermann Deml • Brüssel: Benita Cles-Reden • Stockholm: Wolfgang Matl • New York: Rudolf Strasser • Washington: Peter Schroeder • New Delhi: Marcel Hahlweg • Jerusalem: Ronald Goldberger • Montevideo: Hermann Gebhardt.

Redaktionssekretariat: Beatrix Schiffler, Susanne Huber, 93 75 21/Durchwahl 231.

### ANZEIGENLEITER:

Rolf Richter

Sekretariat: Andrea Kampe,  
Brigitta Boudnik,  
Tel. 96 21/DW 251, 253  
Telex: 001 35869 (druwa).

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER,  
DRUCK UND VERTRIEB:

KURIER Zeitungsverlag und Druckerei AG,  
1070 Wien, Lindengasse 52.

### ABONNEMENT:

1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 12, Postfach 178, Telefon 66 16 70/DW 229.

### ABONNEMENTPREISE:

1 Jahr S 790,-, Halbjahr S 420,-. (Ausland: zuzüglich Porto.)

### ADRESSE DER REDAKTION:

1072 Wien, Lindengasse 52

TELEPHON: (0 22 2) 93 75 21 DW

TELEX: 001 35869 (wopre)



genannten Honorare für Sachverständige mögen in der Privatwirtschaft oder im Gerichtswesen üblich sein, haben jedoch für Amtssachverständige keine Gültigkeit.

Im Interesse einer größtmöglichen Unabhängigkeit halte ich das für völlig richtig.

Dipl.-Ing. Wilfried Töpfer  
Anton-Langer-Gasse 48/11  
1130 Wien

Österreich erwache, Kraftwerk verrecke!

Nun wollen sie dir also doch dieses beschissene Kraftwerk hinbauen, vor dem dich alle Welt warnt, das keiner braucht und niemand will. Volk von Österreich! Wach doch endlich auf und schreie deinen Zorn hinaus! Laß dir von diesen präpotenten Betonschädln nicht alles gefallen! Steig für dieses Paradies, um das dich ganz Europa beneidet, auf die Barrikaden, es ist ohnehin dein letztes. Kämpfe dafür und laß dich nicht für dumm verkaufen! Mach dich doch nicht lächerlich vor aller Welt, und nimm nicht sang- und klanglos Entscheidungen hin, für die dich deine Kinder und Kindes- kinder ewig hassen werden! Klage sie an, diese feinen Herrschaften! Denn die Zerstörung der Natur ist ein Angriff auf deine Gesundheit, wenn nicht auf dein Leben – und das ist strafbar. Laß dir nicht einreden, du säßest ohne diesen Krempel in finsternen und kalten Steinzeithöhlen! Zieh die Politiker zur Verantwortung, aber rasch, ehe es zu spät ist!

Peter Wimmer  
Franzengasse 10/12  
1050 Wien

Es ist wie eine Insel im Strom, daß es noch so couragierte, engagierte und moralische Politiker gibt wie Frau Meissner-Blau. Ist es rein zufällig, daß es einer Frau und SPÖ-Politikerin vorbehalten blieb, diesen mutigen, politisch motivierten, bewundernswerten und auch so notwendigen Schritt zu tun, Landesrat Brezovszky einen „Umweltverbrecher“ zu heißen? Ich glaube nicht. Es scheint so, als ob die Frauen – egal von welcher Partei – in Österreich wesentlich sensibler und verantwortungsvoller auf Umweltprobleme reagieren. Und daß die ÖVP

ihren Dornröschenschlaf hält, ist ja bereits aktenkundig.

Gerhard Grubeck  
Litschauer Straße 36  
3950 Gmünd

Gehört Österreich ein paar großenwahnsinnigen, korrupten Politikern und Managern, oder gehört dieses Land dem ganzen Volk? Warden nicht schon genug Fehlplanungen und Gaunereien begangen? Bauring, AKH, Rinterzelt, EBS, Wohnbauskandale, Konferenzzentrum usw. – jetzt auch noch Hainburg?

Auch im 21. und 22. Bezirk wurde die Grundwasserverseuchung durch Bor lange abgestritten.

Wann endlich wacht das Volk auf?

Peter Antosch  
Engerthstraße 195/4/1/1  
1020 Wien

## „Neusprache“

Die **Wochenpresse** (Nr. 47/84) berichtete über den Konflikt zwischen der Wiener und der Prager Regierung.

Österreich hat die Beweise für die Grenzverletzung an unserer Nordgrenze vor aller Welt offen dargelegt, sie sind alle überprüfbar. Es hat daher gar keinen Sinn, weiterhin auf die „Neusprache“ (nach Orwell 1984) der tschechischen kommunistischen Blätter einzugehen, um deren in der „Zwiesprache“ geschulten Leitartiklern neuen Übersetzungsstoff zu liefern.

Weitere Diskussionen hätten nur dann Sinn, wenn die Tschechen von der Richtigkeit ihrer Diktatur vollkommen überzeugt wären, so daß sie freie Wahlen gestatten würden; daß sie es nicht sind, bezeugen die Drahtverhaue und die Schießbefehle auf ihre Mitmenschen.

OSR Dir. Georg Heindl  
Gassergasse 13 – 15, 2./16  
1050 Wien

## INSERENTEN

Bad Hall Kurverwaltung (-)	5
Erste österr. Spar-Casse (Team Austria)	37
Girozentrale (Gesco)	2
Grafik-Klub (-)	28
Hintermayer (-)	45
KURIER (Demner & Merlicek)	6/7
Olympic Airways (McCann Erickson)	5
Philips Data (Lintas)	25
Österr. Bundesbahn (Österr. Verkehrswerbung)	56
Schuh-Ski (Studio zur Ideenfindung)	27

## Wochenpresse-Mediataten

Reichweite: 2,2%  
Leser pro Ausgabe: 139.000  
davon 35% A-Schicht  
51% Maturanten & Akademiker  
28% mit über S 30.000,-  
Haushalts-Nettoeinkommen

(Quelle: Media-Analyse 83)

# OLYMPIC'S TAKE-OFF

# NEU

## EINE GUTE WAHL

### Australien auf Wunsch.

Olympic Airways erfüllt den Wunsch vieler Kunden: Die neue schnelle Verbindung über Fernost nach Australien. Mit Zwischenstop in Singapur erreichen Sie Melbourne oder Sidney auf direktem Weg.

Direkter Anschluß von und nach Athen macht die Reise schon in Europa bequemer.

Guten Flug.

**OLYMPIC AIRWAYS**  
Griechenlands internationale Fluglinie.



## Ausspannen – KURieren – Erholen

Speziell für berufstätige und ältere Menschen bietet Bad Hall ein Sonderarrangement, die

### Herz-Kreislauf-Intensivkur

In Zusammenarbeit mit der Internen Abteilung des **Paracelsus-Institutes** bietet das Kurhotel Bad Hall in der Zeit vom 15. Oktober 1984 bis 1. März 1985 Herz-Kreislauf-Intensivkuren mit eingehender medizinischer Durchuntersuchung.

Unsere Leistungsübersicht:

- \* **Dreiwöchige Kur** im Kurhotel Bad Hall mit einer eigenen **Kurmittelabteilung** und den Vorzügen eines A-Hotels (Diätassistentin etc.) in äußerst ruhiger Lage. Die Unterbringung erfolgt in Zimmern mit Dusche/Bad/WC, Tel. sowie Kabelfernsehanschluß (5 Programme)
- \* **Drei fachärztliche Untersuchungen** mit Kurverordnung
- \* **Genaue Durchuntersuchung** im Paracelsus-Institut: Laboruntersuchungen: Risikofaktorenprofil, Nierenbefunde, Leberenzyme u. a. Untersuchungen der Herzkranzgefäße (Ergometrie) Durchuntersuchung der Gehirngefäße (Doppler-Ultraschall) Lungenfunktionsprüfung
- \* **Alle gemäß ärztlicher Verschreibung** verordneten **Kurmittel**

zum Inklusivpauschalpreis von **S 20.849,-**

(incl. Vollpension, Kurtaxe, med. Durchuntersuchung, Kurmittel und Hallenbadeintritt). Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Sonderkur zur Erhaltung Ihrer Gesundheit bei uns begrüßen zu dürfen.

Detailinformationen über beiliegenden Informationskupon anfordern!

Sie erhalten umgehend Antwort von Direktor Mühllechner, Kurhotel Bad Hall.

Anschrift: Kurhotel Bad Hall, Parkstraße 4, A-4540 Bad Hall, Tel. 07258/2611-0

**BAD HALL**  
Ein Begriff für  
GESUNDHEIT – KUR – ERHOLUNG



## INFORMATIONSKUPON

Bitte senden Sie mir nähere Informationen über die Bad Haller Herz-Kreislauf-Intensivkur:

Name

Ort

Straße

A-4540 BAD HALL, PARKSTR. 4



# IRONIMUS





Das Hineinrutschen in den Hainburg-Konflikt ist das wirklich Bizarre – und die Hilflosigkeit der Regierung.

Es sieht fast wie ein geschichtlicher Schaubernack aus. Aber just dort, wo jetzt die Konfrontation stattfindet, sind Österreichs älteste Zivilisationsspuren nachzuweisen. Durch die Stopfenreuther Au verlief die historische Bernsteinstraße – lange vor Christi Geburt. Gegenüber der Au liegt der Hainburger Braunsberg – eine prähistorische Siedlungsstätte; und wo die Donaubrücke übersetzt, liegt Carnuntum, die erste große römische Ansiedlung auf dem Boden des heutigen Österreich. Durch die Hainburger Pforte zogen die Hunnen, die Awaren, die Magyaren, die Türken; die Stadt war bis in die Neuzeit der am blutigsten verteidigte Boden Österreichs.

Ohne Pathos kann man also sagen, daß die Auseinandersetzung doch mehr Symbolik aufweist, als man oberflächlicherweise annehmen könnte.

Nun sind bislang genügend Argumente ausgetauscht worden. Es seien daher, was die Verhaltensweisen der in den Konflikt verstrickten Parteien betrifft, jetzt einige Fragen gestattet.

1. An Bundeskanzler Fred Sinowatz: War es klug, alle Verhandlungen auf den Regierungschef zu konzentrieren und just diese Zusammenstellung der Kraftwerksgegner zu Gesprächspartnern auf höchster Ebene zu machen? Warum ist nicht der wirklich Zuständige – nämlich Energieminister Norbert Steger – mit Aufgaben betraut worden? Bruno Kreisky hat schon gewußt, warum er in vielen Energiekrisen seinen Pepi Staribacher in die Schlacht geworfen hat.

2. Eine Frage an den ÖVP-Chef: Warum gilt der Parteibeschluß – „Ja zu Hainburg“ – nicht für einen Wiener Stadtrat, der sich offenbar einen Schmarren um Alois Mock schert und neben Günther Nennung den Eindruck vermittelt, als gäbe es eine schwarze Zustimmung zur Konfrontation in der Au? Warum darf die Wiener ÖVP weiterhin Extrastückeln spielen? Doppelstrategie?

3. Fragen auch an die Eigentümer der „Kronen-Zeitung“: Welche Interessen hat der Verlag, wieviel Geld gibt er auf welche Weise für die Kampagne des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“ aus? Warum inszeniert man um die Finanzierung der Aktionen ein Versteckenspiel?

4. Eine Frage an Günther Nennung, den „Wurstel“, der schon immer dem Zeitgeist am eifrigsten hinterherjagte, als er noch Linkskatholik, 68er-Revolutionär und Exhibitionist war: Was bringt ihn zu diesem Bündnis mit dem verachteten „Staberl“-Blatt, wie sieht die Vereinbarung aus, die er mit Dichand & Falk eingegangen ist? Und dann: Was sind Nennings persönliche

Ziele? Will er einen Salto schlagen – über die Stopfenreuther Au, holterdiepolter, ins Parlament hinein? – Endlich doch, auf seine alten Tage?

5. Eine Frage aber auch an die Elektrizitäts-Wirtschaft: Warum sagt sie den Österreichern nicht, was ihr der Bau von Hainburg wert ist – konkret: Welche Kraftwerke dafür geschlossen oder welche nicht gebaut werden?

6. Frage an Landeshauptmann Siegfried Ludwig, der in seinem Bundesland untergetaucht zu sein scheint: Wenn jetzt Hainburg gebaut wird – was bedeutet das

## Sieben Fragen

für das Kohle-Kraftwerk in Dürnrohr bei Tulln, das doppelt soviel Megawatt Strom erzeugen soll und nicht nur von Umweltschützern, sondern auch von nicht-grünen Energieexperten erst recht als fragwürdig bezeichnet wird?

7. Fragen endlich an die Österreichische Hochschülerschaft und an den ÖGB – wobei die ÖH ja eine Körperschaft öffentlichen Rechts ist, der Gewerkschaftsbund Österreichs größter Verein: Wenn man ständig mit der Macht der Demonstration droht – welche Legitimation hat man dazu? Wer hat denn die Studenten basisdemokratisch befragt, wie sie über die Konfrontation in der Au denken – und wer die

österreichischen Arbeitnehmer, für die da angeblich die industrielle Zukunft auf dem Spiel steht?

Viele Fragen, bislang keine Antworten. Weil es offenbar nicht so sehr um sinnvolle Ergebnisse geht, sondern darum, wer das Gesicht nicht verlieren darf: Die Grünen wollen es den Deutschen nachmachen und endlich auch in Österreich zur politischen Kraft werden, die Schwarzen fürchten um einige mühsam erworbene Busek-Sympathisanten, die Roten um den Ruf ihres Parteichefs. Jetzt ist Sinowatz ja erst mühsam vom „Alles ist kompliziert“-Zauderer zum harten Macher umgeschminkt worden, also muß er Härte demonstrieren. Und macht prompt das, was die Konfronteure von ihm erwarten: Er verliert die Geduld.

Was offenbar auch die Pannen rund um den Feiertag am 8. Dezember und die mißglückte Klage gegen Landeshauptmann Wilfried Haslauer beim Verfassungsgerichtshof plausibel macht.

Eine Aktion freilich, die als mittelguter Burgenländer-Witz empfunden werden muß. Nach dem Hoch rund um die Regierungsumbildung ist für die Rot-Blauen das stabile Tief wieder vorherrschend. Man ist wieder dort, wo man begonnen hat. Mit der Koalition von Fred Mühsam mit Norbert Umfaller.

Konfrontation in der Au: Wer verliert das Gesicht?





SP-Innenminister Blecha, Gendarmen, Einsatz in der Au (unten): „Das ist keine Prügelpolizei“

## KONFRONTATION IN HAINBURG

# TRÄUMER UND GENDARM

Die Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au dauert an. Zu einer zentralen Figur ist der sozialistische Innenminister Karl Blecha geworden. Der ehemalige Juso hat nun den Einsatz der Exekutive gegen die Besetzer zu verantworten.

VON CHRISTOPH KOTANKO

**W**enn sie von Besuchern im Hainburger Spital über den Gendarmerieeinsatz in der Au befragt wird, gerät das blaue Blut der 70jährigen Naturschützerin Lore Marie Schönburg ein bisschen in Wallung: „Ein Beamter sprang mir mit den Füßen auf den Brustkorb. Ich hatte Glück, daß mir der Inspektor nicht auch noch auf den Bauch gestiegen ist.“

Zwei Rippen gebrochen, das Brustbein geprellt – das hat die alte Dame, die seit Jahren Günther Nenning zur Seite steht, nun davon.

Da konnte die „Kronen-Zeitung“, selbst gern radikal à tout prix, leicht titeln: „Hundert Beamte im Einsatz – Gendarmerie kämpft brutal Weg für Au-Zerstörer frei!“

Und VP-Mandatar Walter Heinzinger schimpfte die Räumarbeiten „eine Ersatzhandlung dieser Regierung, die am falschen Platz Kraft beweisen will“.



WIENAREPORT

Verantwortlich für den Einsatz: der sozialistische Innenminister Karl Blecha, der das Vorgehen der Uniformierten als „allermildeste Form, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen“, verteidigte: „Es hat keine Gewaltanwendung mit Waffen, mit Gummiknüppeln gegeben.“

VP-Sicherheitssprecher Robert Lichal stimmt ausnahmsweise Blecha zu: „Das ist keine Prügelpolizei.“ Aber: „Der Herr Minister kann sich drehen und wenden, wie er will, er hat für den Einsatz der Exekutive geradezustehen. Aber ich sehe schon, daß es für einen Sozialisten nicht angenehm ist, der vielleicht selbst in Hainburg demonstrieren würde – wenn er nicht Regierungsmitglied wäre.“

Lichal schmunzelnd: „Das ist eine Pikanterie, das möchte ich nicht verhehlen.“

Tatsächlich zählte „Charly“, der heute 51jährige Sicherheits-

## GASTKOMMENTAR

Als ich vor kurzem Gelegenheit hatte, Amir in einem Gastkommentar von Frau Meissner-Blau eine Begründung dafür zu Gemüte zu führen, warum sie mich als „Rechtsbrecher“ und „Umweltverbrecher“ bezeichnen habe müssen, mußte ich wieder einmal (und das wahrlich nicht zum erstenmal) folgendes feststellen:

Es scheint die klare Taktik gewisser Gruppen zu sein, durch gezielt verbreitete Unwahrheiten oder aber durch äußerst leichtfertig in die Öffentlichkeit gebrachte Unterstellungen eines zu erreichen: Es soll

runnungsspitze entscheiden würde...“

Wie verträgt sich diese Behauptung mit der Tatsache, daß ich noch eine Woche vor Erlassung meines Bescheides den DOKW erklärte, ich würde ohne Zögern einen abschlägigen Bescheid erteilen, sollten sie sich nicht zur Schaffung einer letzten, absolut notwendigen Voraussetzung (Projekt Fadenbach) verpflichten. Allein der Umstand, daß die DOKW eine diesbezügliche Verpflichtungserklärung binnen zweier Tage abgaben (sie hatten sich zuerst dagegen gestraubt), führte letztendlich zu

nach Erscheinen des Artikels präsentierte ich sämtliche Grundlagen meiner Entscheidung, natürlich erst mit Wegfall meiner Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit. Man könnte der Dame nun guten Glauben zubilligen, hätte ich nicht vom ersten Moment an erklärt, ich würde alles offenlegen, sobald ich von der Amtsverschwiegenheit entbunden wäre.

Nächster Punkt: Ein einziger Blick auf das Projekt der DOKW zeige, wie unvereinbar dieses mit dem Naturschutzgesetz sei. Nun, vielleicht wäre es nicht schlecht gewesen, hätte Frau Meissner-Blau auch noch einen zweiten, vielleicht sogar noch einen dritten Blick auf die ganze Problematik geworfen. Dann wäre ihr vielleicht klargeworden, daß die Materie viel zu komplex war, um sie mit einem einzigen, locker dahergeplauderten Sätzchen einer Klärung zuzuführen.

## „Haß und Häßlichkeit“

Der niederösterreichische Naturschutzlandesrat Ernest Brezovszky antwortet auf einen WOCHENPRESSE-Gastkommentar der „Jeanne d'Arc der Grünen“, Freda Meissner-Blau.

das Vertrauen der Bevölkerung in Rechtsstaat und Demokratie erschüttert werden. Bisher hatten die derart taktierenden Gruppen und Grüppchen einen großen Vorteil: sie konnten ausnützen, daß ich zu einem laufenden Verfahren keine Stellungnahme abgeben konnte, da ich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet war.

Diese Vorgabe ist hinfällig. Mit dem Moment der Bekanntmachung der wasserrechtlichen Entscheidung durch Minister Haiden ist es mir nun endlich möglich, zu jeder einzelnen vorgebrachten Unterstellung Stellung zu nehmen und sie als das zu demaskieren, was sie letzten Endes darstellt: gezielte Unwahrheit oder leichtfertige Unterstellung.

Vorausschicken möchte ich, daß ich Frau Meissner-Blau persönlich nicht kenne. Ich habe sie lediglich einige Male als Diskussionsleiterin im Fernsehen gesehen. Es gibt sicherlich schlechtere Diskussionsleiter als sie, wahrscheinlich auch eine Reihe von besseren (denken wir etwa an Herrn DDR. Günther Nenning!), jedenfalls läßt sich unsere Beziehung als reine Bildschirmbekanntschaft bezeichnen.

Wenn diese Dame nun locker erklärt, es sei eindeutig, daß ich ja bloß der Erfüllungsgehilfe von Mächtigeren gewesen wäre (derart diffuse Aussagen haben einen unschätzbaren Vorteil: Man kommt nie in Beweisnotstand, da man ja ohne Präzisierung gar nichts zu beweisen hat), scheint ihr ein wesentliches Faktum entgangen zu sein: Als Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung stelle ich eines der höchsten Organe dieses Staates dar. Ein kurzer Blick in den Art. 19 B-VG könnte ihrer diesbezüglichen Unwissenheit ein Ende setzen. Und meine alleinige Kompetenz in dieser Angelegenheit haben alle anderen voll akzeptiert.

Der einmal begonnene Stil wird fortgesetzt. „Man wußte, daß er als SPÖ-Politiker im Sinne der Partei- und Regie-

einem positiven Bescheid. Bei jeder anderen Vorgangsweise der DOKW hätte ich negativ entschieden. Das heißt aber mit anderen Worten: Bis eine Woche vor Erlassung meines Bescheides war es für *mich selbst*, auf Grund dieser letzten schwerwiegenden, ungeklärten Frage, noch völlig offen, wie ich entscheiden würde.

Frau Meissner-Blau und ihre Gefährten freilich wußten alles schon viel früher.

Doch weiter im bunten Unterstellungsreigen. Es wird von Meissner-Blau (wieder einmal unter Ausnützung meiner Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit) behauptet, ich hätte die Absicht, meine Entscheidungsgrundlagen vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Der Vorwurf hat sich von selbst erledigt, denn drei Tage

Gastautor Brezovszky:  
„Unverantwortliche Desinformation“



WALTER HEMISCH

Nun aber zu einem der vielleicht ungenehmigtesten Vorwürfe der letzten Zeit, der freilich nicht von Frau Meissner-Blau stammt, jedoch genau in die gleiche Richtung zielt: Ich hätte drei führenden Beamten der nö. Naturschutzabteilung den Fall Hainburg entzogen, weil diese, wie es in einer kleinformatigen Tageszeitung zu lesen war, nicht in meinem Sinn gehandelt hätten.

Selbstverständlich hat der Landesamtsdirektor von Niederösterreich die drei genannten Beamten sofort zu diesen Vorwürfen einvernommen, und alle drei haben erklärt, daß dies in keiner Weise zutrefte. Vielmehr betonten sie die sachliche Atmosphäre, in der unsere Zusammenarbeit stattgefunden habe.

Auch die Ereignisse der letzten Woche fügen sich nahtlos in das oben gezeichnete Bild. Man baut einen ehemaligen Hofrat der niederösterreichischen Landesregierung als Kronzeugen für die „Rechtswidrigkeit“ meines Naturschutzbescheides auf; freilich muß dieser Hofrat in einer Pressekonferenz öffentlich gestehen, daß er zum Zeitpunkt des Einlangens der Akte Hainburg in der niederösterreichischen Landesregierung bereits seit zehn Tagen im Ruhestand war; er muß auch zugeben, daß er niemals auch nur ein Blatt dieses Aktes je gesehen hat. Da mir seitens der heutigen Anzeiger bei der Staatsanwaltschaft für den Fall einer positiven Berufungsentscheidung eine Strafanzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt bereits vor Monaten angedroht worden ist, dürfte es nicht weiters erstaunen, daß ich auch dieser Sache mit Ruhe und Gelassenheit entgegen sehe.

Es ist nun aber auch einmal an der Zeit, folgendes Paradoxon klar aufzuzeigen: Gerade jene Gruppen und Grüppchen, die seit Monaten vorgeben, für unsere Gesellschaft Liebe und Schönheit wiedergewinnen zu wollen, bedienen sich einer Vorgangsweise, die wahrlich nur eines symbolisiert: Haß und Häßlichkeit.

chef der Republik, nie zu den Verteidigern des Establishments; er wandelte lieber linksaußen. Und träumte von Gesellschaftsveränderung.

Blecha war einer der Gründer des tiefroten Verbandes Sozialistischer Mittelschüler, dessen Glaubensbekenntnis im Zentralorgan „rote tafel“ festgeschrieben stand: „Wir wollen Anti-Bürger, Anti-Spießer sein! Wir wollen wieder eine echte Werteskala aufbauen. Ganz oben rangieren für uns Überzeugung, Ehrlichkeit, Kampfschlossenheit.“

Heute muß der Innenminister Gendarmen gegen Bauplatzbesetzer aufmarschieren lassen, die sich auf eben diese Werte berufen.

Noch im Dezember 1981, als Blecha bereits zum SP-Zentralsekretär und Nationalratsabgeordneten aufgestiegen war, vertrat er im Hohen Haus die Meinung, „daß gesellschaftliche Fragen jedenfalls irgendwann einmal beantwortet werden müssen und daß man diese Antworten nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben kann. Denn schiebt man diese Antworten zu lange auf, dann führt das unter Umständen zu gewaltsamen Entladungen von Aggressionen, wie wir sie in Zürich und in Berlin, in Frankfurt und an vielen anderen Orten Europas kennengelernt haben.“

Und jetzt in der Hainburger Au, wo der ehemalige Juso 212 Gendarmeriebeamte aus der Zentralschule Mödling, 89 Ordnungshüter, die aus ganz Niederösterreich zusammengetrommelt wurden, und zehn Kriminalbeamte aufbieten mußte, um weit über 3000 Demonstranten im Zaum zu halten.

Blecha dazu staatsmännisch: Die Aktionen der Sicherheitskräfte erfolgten in Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung; Behauptungen von einem brutalen Einsatz der Beamten weist er entschieden zurück.

Im Parlament ging der Innenminister zum Gegenangriff über: „Nicht die Exekutivkräfte, sondern die Kraftwerksgegner haben den Boden der Legalität verlassen. Es ist auch nicht die Gendarmerie, die Gewalt anwendet, sondern jene, die Gewalt anwenden, sind es, die das Gesetz mißachten.“

Und weiter: „Exekutiveinsatz ist immer eine Gratwanderung. Wir haben jedenfalls in Österreich sichergestellt, daß es keinen Absturz in die Niederungen des Polizeistaates gibt. Wir werden aber auch sicherstellen, daß es kein Versinken in Anarchie gibt.“

Den Aubesetzern ist mittlerweile aller-

dings bewußt, daß sie sich juristisch auf schwankenden Boden begeben haben. Josef Kodim, Obmann des Neunkirchner Arbeitskreises Umwelt („Akut“) und einer der Aktivisten von Stopfenreuth: „Uns ist klar, daß wir einen Unrechtstatbestand setzen, aber wir sind einhellig der Meinung, daß das Gesetz zuerst von anderer Seite gebrochen worden ist.“ Die Rechtsbrecher, so Kodim, der sich so manche Nacht im Waldlager um die Ohren geschlagen hat, „sitzen im Landtag“.

Der Kalauer, den mittlerweile auch der letzte Lodenbubi an der Gandhi-Barrikade mitgekriegt hat: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“

Das bewußte, organisierte und systematische Mißachten unserer Rechtsordnung würde ohne entsprechende Reaktion des Staates und seiner Organe schnurstracks zu „anarchischen Verhältnissen“ führen, warnt dagegen Karl Blecha.

„Ich glaube auch, daß man vor einer solchen Demonstration nicht kapitulieren darf“, stimmt ihm FP-Juristin Helene Partik-Pablé zu, „denn schließlich gibt es die Entscheidung der zuständigen Behörde, und es gehört zur Ausübung des politischen Mandats, daß Entscheidungen auch durchgesetzt werden. Dafür haben wir ja schließlich die Exekutive.“

Demonstranten und Ordnungshüter in Stopfenreuth: „Wir wollen Anti-Spießer sein!“





Hainburg-Besetzer, Barrikaden und Gendarmen: Ruhe vor dem Sturm?

VP-Lichals nachhaltig vertretener Standpunkt: „Wir sind ja nicht in der Französischen Revolution. Ein Bescheid wie der jetzige (des niederösterreichischen Naturschutzlandesrates Ernest Brezovszky) muß inhaltlich bekämpft werden“ – was nach Lichals Auffassung durchaus erfolgversprechend wäre: „Das WBO-Urteil ist auch aufgehoben worden.“

Der „Revolverhofrat“, ganz Jurist: „Ein ius resistendi gibt es sicher, und zwar dort, wo eine Diktatur willkürlich die Grundrechte verletzt. Da hat der einzelne ein Notwehrrecht. Aber von einer solchen Verletzung kann in unserem parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat keine Rede sein.“

So sieht das nicht jedermann. Rechtsexperten äußern Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Bescheids. Die ganze Argumentation des Verhandlungskomitees der Ademonstranten geht davon aus, daß Brezovszky mit den Expertisen etwas „gedreht“ hat. Entsprechende Anzeigen liegen bei der Staatsanwaltschaft: „Uns kann man nicht anklagen, wenn wir sozusagen das Gesetz verteidigen und dabei Mittel anwenden, die an der Grenze der Legalität sind“ (Kodim).

Eine Mobilmachung wie in Hainburg hat es in der Alpenrepublik bisher kaum je gegeben.

In der benachbarten BRD sind Duelle um Mülldeponien, Autobahnen, Flughafener-

weiterungen, Kernkraftwerke, Abschlußrampen allerdings an der Tagesordnung.

Wer da agitiert, ist seit langem Streitthema: Sensible Minderheiten oder vaterlandslose Alternativgesellen? Notorsche Querulanten oder Überzeugungstäter? Handelt es sich um „ferngesteuerte Aktionen“ (der SP-Parlamentarier Fritz Hochmair) oder um „Idealisten jeden Alters und jeder Berufsgruppe“ (sein freiheitlicher Kollege Fritz Probst)?

Die wichtigste Voraussetzung für einen legitimen – deswegen natürlich noch nicht legalen – Widerstand gegen „amtliche“ Beschlüsse lautet nach Meinung des deutschen Politologen Bernd Guggenberger: Mehrheitsentscheidungen dürfen keine irreversiblen, durch nachfolgende neue Mehrheiten nicht mehr korrigierbaren Festlegungen beinhalten.

Denn es könnte ja durchaus sein, daß diese aktuelle Mehrheit gegenüber den morgen und übermorgen Betroffenen nur eine verschwindende Minderheit darstellt.

Demgemäßes Zitat des sozialistischen Klassikers Karl Renner: „Jede Minderheit fühlt sich als künftige Mehrheit, jede Mehrheit befürchtet, mit der Zeit Minderheit zu werden. Dieser Zusammenhang garantiert der Minderheit eine gewisse Macht, garantiert den heilsamen Wandel und behütet das Gemeinwesen vor Erstarrung.“

Aber: „Hat der Umweltschutz die Zeit, auf Mehrheiten zu warten? Was, wenn's am

Ende nichts mehr zu schützen gäbe? Und kann man Minderheiten verurteilen, die in dieser Situation nicht mehr zu warten bereit sind?“ (Guggenberger).

Mit dem Hinweis, daß sich die grüne Avantgarde früher oder später mit dem Machbaren bescheiden müsse, ist nicht viel geholfen, auch wenn Norbert Leser, Ordinarier für Sozialphilosophie an der Wiener Uni, überzeugt ist: „Auch diese Bewegungen werden bald, wenn sie in Macht und Verantwortung einrücken, die Macht der Sachzwänge – vor allem im Bereich der Wirtschaft – zu spüren bekommen.“

Für das Recht auf zivilen Widerstand, darin sind sich die meisten Wissenschaftler einig, sind drei Faktoren ausschlaggebend:

- Ein krasser Mißbrauch der Staatsgewalt;
- die vorausgehende und erfolgreiche Ausschöpfung aller noch zur Verfügung stehenden legalen Mittel;
- die begründete Hoffnung auf das Gelingen des Widerstandes.

Volksbegehrens-Mitstreiter Kodim: „Gandhi ist da für uns alle ein Vorbild.“

Tatsächlich entstand ein erstes Konzept der Auflehnung gegen die Staatsgewalt ohne Waffeneinsatz im Rahmen des Anti-Kolonialismus. Mahatma Gandhi beharrte strikt auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit („nonviolence“). Für ihn bedeutete „vollständiger ziviler Ungehorsam“ eine „Rebellion ohne den Bestandteil der Gewalt“.



1950: Kommunistenputsch



1958: Verprügelte Antikommunisten

Der Einsatz von Polizei und Gendarmerie gegen Demonstranten blieb in Österreich nach 1945 auf wenige spektakuläre Ereignisse beschränkt.

Größtes Problem der unmittelbaren Nachkriegszeit: In der Polizei der sowje-

Im Vorarlberger Fußach drängte die Gendarmerie beim Sturm auf eine Bootsverficht die rund 20.000 Manifestanten im November 1964 lediglich ab; es gab keine härteren Auseinandersetzungen. Dafür mußte die Salzburger Polizei im Mai 1972

## Gebremste Brutalität

Die Exekutive in der Zweiten Republik.

tisch besetzten Zone hatten die Kommunisten ihre stärksten Verbündeten. Deshalb trat auch die Wiener Polizei beim Kommunistenputsch 1950 kaum gegen die KP-Demonstranten in Aktion, viel eher gegen jene Arbeiter in den Betrieben, die sich gegen die illegalen Besetzungen kommunistischer Rollkommandos zur Wehr setzten.

Noch im Juni 1958 kam es zu heftigen Attacken der Polizei gegen Antikommunisten; mit Gummiknüppeln ging man brutal gegen jene Österreicher und ungarischen Emigranten vor, die gegen die Hinrichtung der Führer des Ungarnaufstandes, Imre Nagy und Pal Maleter, demonstrierten.

das Rollfeld des Flugplatzes gewaltsam räumen, als – am Höhepunkt des Vietnamkrieges – militante Linksgruppen die Landung der Maschine von US-Präsident Richard Nixon verhindern wollten. Damals schon dabei: Günther Nenning.

Jugendunruhen am Faschingssonntag 1981 führten zu einem harten Polizeieinsatz in der Wiener City. Die Entfernung von Hausbesetzern – vor allem einer Frauengruppe in Wien-Leopoldstadt am 9. Mai 1982 und Razzien in einem Jugendzentrum im 5. Bezirk – führten zu brutalen Szenen. Seit dieser Zeit ist die Polizei auch mit international erprobten Hilfsmitteln ausgerüstet.

1964: Demo in Fußach (Vbg)



1982: Hausbesetzungen (in Wien)



Seine Überlegungen wurden in den USA von Pazifisten und Bürgerrechtlern aufgegriffen und erlebten in den sechziger Jahren mit der erstarkenden Bürgerrechtsbewegung, der Studentenrevolte und der Opposition gegen den Vietnamkrieg eine enorme Renaissance.

Auch in der Bundesrepublik wurden in den letzten Jahren einige Blockadeaktionen durchgeführt, die ungeheures Aufsehen erregten: etwa die Besetzung der Bohrstelle 1004 in Gorleben oder die Tumulte von Brokdorf.

Anders als in Österreich gibt es in der BRD exakte Untersuchungen über die Zusammensetzung der Demonstrationsscharen. Das Bundeskriminalamt nahm mit deutscher Gründlichkeit 1300 Hausbesetzer unter die Lupe und fand heraus, daß nur 70 Bezüge zur Terrorismus-Szene aufwiesen.

1230 waren echte Studenten, Schüler, Arbeitnehmer.

Problematisch sind Räumungsaktionen jedenfalls nicht nur für die Besetzer, die sich – im Wortsinn – ins Unrecht gesetzt haben. Auch die Exekutive weiß nicht immer, wie sie die Sache angehen soll.

Überreaktionen kommen vor. So bekannte ein junger deutscher Arzt, der bei der „Eroberung“ eines besetzten Hauses von der Polizei festgenommen und verhört worden war, hinterher: Er halte sich für einen besonnenen Menschen, müsse aber eingestehen, daß er seit der „entwürdigenden Behandlung durch die Polizei“ hin und wieder die Bereitschaft verspüre, einen Stein gegen Ordnungshüter zu werfen: „Ich weiß jetzt, wie dieses Gefühl bei manchen Leuten dauerhaft erzeugt wird.“

In Stopfenreuth und Umgebung soll solches nicht passieren. Innenminister Blecha: Beim Großteil der dort eingesetzten

„Nicht in die Niederungen des Polizeistaats“

Beamten handle es sich nicht um „unerfahrene junge Gendarmerieschüler“, sondern um Staatsdiener, die in der Mödlinger Anstalt den Ausbildungslehrgang für Dienstführende, also für die mittlere Führungsebene der Bundesgendarmerie, besuchen. „Sie sind viele Jahre erprobt und im Einsatz“ (Blecha).

Partik-Plabl traut dem Frieden nicht. Die Uniformträger seien schließlich gewohnt, der Bevölkerung in einem Autoritätsverhältnis gegenüberzutreten. „Ich glaube fast nicht, daß unsere Beamten für derartige Einsätze genügend ausgebildet sind. In der Theorie kann man das nur sehr mangelhaft machen, und in der Realität schaut das ganz anders aus“ (Partik).

Und noch eine Sorge hat die Freiheitliche: „Ich kann mir nicht vorstellen – wenn da Tausende Menschen in der Au sind, daß das dem Wild und den Vögeln guttut.“ ■